

Adenauer: Keine Kapitulation

Rechtsstatus Berlin unantastbar — „Ich komme künftig öfter“

Berlin (Eigenbericht). Bundeskanzler Adenauer hat bei seinem zweitägigen Besuch in Berlin mit aller Entschiedenheit davor gewarnt, den gegenwärtigen Rechtsstatus der Stadt zu ändern. In einer Erklärung vor dem Abgeordnetenhaus betonte der Kanzler, es könne kein Zurückweichen vor den sowjetischen Drohungen geben, denn jedes Nachgeben bedeute eine Kapitulation der Freiheit vor der Unfreiheit, der weitere Kapitulationen folgen würden. Bei den bevorstehenden Konferenzen könne man nicht da wieder anfangen, wo man in Genf aufgehört habe. Der Westen sei dort bis an die Grenze des Tragbaren gegangen. Unter dem Beifall der Abgeordneten versicherte der Bundeskanzler, Berlin könne jederzeit in vollem Maße auf die Hilfe des Bundes rechnen. Seit 1950 habe der Bund zwölf Milliarden DM an Westberlin gegeben.

Nach der Parlamentssitzung versicherte Adenauer vor Vertretern der CDU, er werde in Zukunft häufiger nach Berlin kommen. Auf den verschneiten Straßen, die ein rasches Fahren nicht gestatteten, winkten die Berliner überall dem Kanzler zu, der einen frischen und gutgelaunten Eindruck machte. Er hatte sich das Berlin-Abzeichen mit dem Brandenburger Tor angesteckt.

Adenauer war bei hellem Sonnenschein mit einem Sonderzug auf dem Flughafen Tempelhof gelandet. In seiner Begleitung befand sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Krone. Zur Begrüßung hatten sich die Repräsentanten des Senats und des Parlaments sowie Bundesminister Lemmer und Vertreter der Alliierten Kommandatur eingefunden. Die Berliner seien sehr froh, betonte der Regierende Bürgermeister Brandt, daß der Bundeskanzler gekommen sei, um sich von dem wirtschaftlichen Aufstieg Berlins zu überzeugen, der mit Hilfe der Bundesregierung erfolgt sei. Adenauer erwiderte, man könne nach seiner Überzeugung ganz zuversichtlich der kommenden Entwicklung entgegensehen. Es

werde nichts gegen den Willen der Berliner beschlossen.

Pünktlich um 12.55 Uhr traf der Kanzler im Rathaus Schöneberg ein, begleitet vom Bundesbevollmächtigten Vockel. Im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses war für Adenauer der Platz des Regierenden Bürgermeisters vorgesehen. Brandt saß neben ihm. Kurz vor Beginn der Sondersitzung erhob sich der Kanzler plötzlich wieder, eilte einige Stufen zu den Sitzen der Abgeordneten herab, um dort dem als Gast erschienenen ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe herzlich die Hand zu schütteln.

Zum erstmalig im Abgeordnetenhaus

Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Henneberg, wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, es sei das erstmalig, daß Adenauer als Bundeskanzler im Abgeordnetenhaus spreche. Nach der Erklärung des Bundeskanzlers hob Brandt die Übereinstimmung zwischen Berlin und dem Bund in Fragen des Status Berlins hervor und betonte die Notwendigkeit der engen Verbindung mit dem freien Teil Deutschlands. Unter Beifall von Adenauer wies der

Regierende Bürgermeister auf die Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU in Berlin hin, die er mit den Worten unterstrich: „In dieser Stadt lebt ein Gefühl dafür, daß das deutsche Volk den Frieden nach innen finden muß, um den Frieden nach außen gewinnen zu können.“ Eingehend auf die kommunistische Polemik gegen den Berlin-Besuch des Bundeskanzlers stellte Brandt fest, ein derartiger Besuch sei „viel natürlicher, als daß im anderen Teil dieser Stadt eine sogenannte Regierung sitzen darf, die sich auf nichts anderes stützt als auf fremde Gewalt“.

Schnelle Aktion gegen Antisemiten

In den Abendstunden sprach der Kanzler in einem Interview mit dem SFB die Hoffnung aus, daß es zu einer allgemeinen Entspannung komme. Zu seiner Erklärung vor dem Abgeordnetenhaus und zum Standpunkt der Westmächte über den Rechtsstatus von Berlin sagte er, „dies schließe nicht aus, daß bei der Durchführung eines solchen Vertrages hier und da Modalitäten geändert werden können und geändert werden müssen“. Eine solche Änderung, zum Beispiel auf dem Gebiete des Verkehrs und bei der Zone auf dem Gebiet der Warenlieferung, könne unter Umständen im Interesse Berlins liegen. Zu den antisemitischen Vorfällen erklärte Adenauer, er habe den dringenden Wunsch, daß die Justiz in den Bundesländern ebenso schnell handle, wie dies in Berlin geschehen sei.

★

Auszüge aus der Rede Adenauers vor dem Abgeordnetenhaus Seite 3.

Wunderwaffen

DT. Als Hitler von seiner Wunderwaffe sprach, rauchte es schon aus tausend Riesenbränden in Europa. Der braune Diktator hatte sie angezündet. Und seine Hybris drohte das eigene Haus in das von ihm veranstaltete Chaos hineinzureißen. Die Erinnerung an die grausige Illusion, die seine Wunderwaffen den letzten Illusionisten vorgaukelte, ist düster. Chruschtschow aber schickt jetzt, Anfang 1960, die blutige Vision einer Wunderwaffe in die Welt. Warum mag der Diktator in Moskau dies tun? Er braucht niemanden, am allerwenigsten die von ihren technischen Leistungen berauschten Völker der Sowjetunion, aus einer Verzweiflung zu reißen. Soll die Ankündigung also denen gelten, die ihn zum großen Abrüstungsgespräch aufgefordert haben? Will er blühen? Man könnte es meinen, wenn dieses Gerassel mit Raketen und Weltvernichtungswaffen sich nicht mit der bieder-männischen Absicht verbunden hätte, als jemand dazustehen, der einen ersten Schritt zur Abrüstung tut. Die Truppen, die Chruschtschow demobilisieren will, ersetzt er durch Raketen und „phantastische Waffen“. Das Makabre an dieser Umrüstung ist, daß er nicht heute von seiner Abrüstung spricht und morgen die neue Aufrüstung produziert, sondern daß er nach seiner eigenen Aussage gestern die neuen Waffen hergestellt hat, aber erst morgen und übermorgen ein paar hunderttausend überflüssig gewordene Marine- und Luftwaffensoldaten in die Fabriken schicken will.

★

Man muß nun an den Auftritt Chruschtschows denken, den er, am Beginn seiner Amerika-Fahrt, im Haus der Vereinten Nationen gehabt hat. Dort hatte er einen Vier-Jahres-Plan zur Total-Abrüstung der Welt vorgetragen. Als Friedensfürst war er weitergereist, akklamiert von denen, die das Wort für bare Münze nahmen. Vier Monate später droht er der gleichen Menschheit, mit der er dort im Paradies wandeln wollte, die atomare Totalvernichtung an. Es gibt, so läßt er aus dem Kreml verkünden, freilich eine Mög-

lichkeit, dem Weltungewitter zu entgehen, — dann, wenn man sich mit ihm arrangiere. Früher legten gewalttätige Partner, die zur Verhandlung kamen, einen Revolver auf den Tisch. Der Herr des Kremls tut auf dem Wege zum Pariser Gipfel Zeitgemäheres in den Koffer. Nicht einmal die Bombe von Hiroshima scheint ihm noch ein Druckmittel. Er protzt mit der größten Feuerkraft, die je eine Macht gehabt habe. Die Zeiten des Gleichziehens mit den amerikanischen technischen Waffen sieht Chruschtschow als überholt an.

★

Nun mag man sich vorstellen, wie die Gespräche verlaufen können, die bislang unter dem Stichwort „kontrollierte Abrüstung“ angestrebt waren. Es gab bisher schon vielerlei, worüber man sich mit Moskau nicht verständigen konnte. Nicht nur, weil der Kreml sich nicht verständigen wollte, sondern auch, weil man verschiedene Sprachen sprach — Sprachen, die kein Dolmetscher übersetzen konnte. Wie erst aber soll es werden, wenn Chruschtschow darauf beharrt, die Drohung mit den Wunderwaffen als eine Vorleistung zur Abrüstung honoriert zu bekommen? Was die Amerikaner und die Engländer seit Jahren getan haben, um ihre kriegsstarke Militärmacht zu reduzieren und im Laufe der Jahre immer weiter zu verringern, das will im Laufe der nächsten zwei Jahre die Sowjetunion mit einem Teil jener Luft- und Marine-Besatzungen tun, die Chruschtschow in gleichem Atemzuge aber als kriegsuntüchtig bezeichnet. Natürlich aber entzieht sich selbst dieser groteske Plan jeder Einsicht und Kontrolle. Daran allein könnte das Gipfelgespräch von Paris, wenn es überhaupt einen Sinn haben soll, anhaken. Kontrolle muß sein. War noch ein Beweis notwendig für die Sinnlosigkeit jeder Abrüstungsbe-mühung, wenn sie nicht die Kontrollnotwendigkeit zum Fundament macht, dann ist es der Paukenschlag Chruschtschows aus Moskau geworden.

★

Man weiß, daß der Bundeskanzler keine Gelegenheit ausläßt, um auf eine Verständigung über eine kontrollierte Abrüstung zu dringen. Ob in die-

sem Widerstand Moskaus gegen jedes denkbare Kontrollverfahren etwas vom tiefen Mißtrauen gegen die Bundesrepublik wurzelt? Chruschtschow läßt ihr keine Ruhe. Er braucht kaum einen Übergang, um von der Prahlerlei, mit der er jeden möglichen „Aggressor“ und insbesondere die Bundesrepublik von der Erdoberfläche verschwinden lassen will, zum Angriff auf den angeblichen Militarismus in Deutschland überzugehen. Daß im heutigen Deutschland schon jetzt, ehe auch nur ein Weg zur Kontrolle gesehen wird, von jedermann offen eingesehen werden kann, wie vergleichsweise kümmerlich, unbesorgt und unzureichend die Deutschen ihrem Verteidigungshaushalt gegenüberstehen — dies berührt den Angreifer aus Moskau nicht. Er gibt auch nicht zu, daß gerade wir Deutschen das allerdringlichste Interesse an der Abrüstung haben; denn so stark immer unsere schwache Verteidigungskraft werden, so sehr sie sich mit modernen Waffen aufpfropfen könnte, kann sie doch nie mehr auch nur entfernt dem Arsenal ein Gegengewicht bieten, das uns aus dem Osten her entgegensteht.

★

Die Abrüstung muß Deutschland deshalb als den Weg ansehen, auf dem sich dann Ruheplätze zum Gespräch über die Freiheit aller seiner Bürger finden müßten. Die Bundeswehr ist alles andere als eine Institution, an der ein früheres Deutschland seine Freude gehabt hätte; denn in keinem Militärverband der Welt findet sich soviel Resignation, soviel freudige Zustimmung, wie in den Kompanien der neuen deutschen Bundeswehr. Wenn das Soldat-Sein in der Welt irgendwo jeder inneren Leidenschaft entbehrt, dann ganz bestimmt in der heutigen Bundeswehr. Allerdings, vielleicht ist dieses Pflichtgefühl, daß die Freiheit Opfer fordert, auf die Dauer auch ein gutes Binde-Element für die uns aufgezwungene Truppe. Aber nirgendwo würde auf die Existenz dieser Truppe freudiger verzichtet werden als in Deutschland.

Berlin-Status unantastbar

Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers vor dem Berliner Abgeordnetenhaus

Berlin (Eigenbericht). Die Rede des Bundeskanzlers vor dem Berliner Abgeordnetenhaus geben wir wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung nachstehend in wesentlichen Auszügen wieder.

Auf wirtschaftlichem Gebiete haben wir es in der Bundesrepublik und haben auch Sie, meine Freunde, zu meiner großen Freude Erfolge erzielt. Das ist auch politisch wichtig, daß Sie das getan haben. Ich möchte Ihnen hier nicht eine Reihe von Zahlen vorlesen, insbesondere nicht über das, was Sie getan haben, über das, was wir getan haben. Wenn ich sage: Wir, meine ich den Bund. Aber lassen Sie mich doch erwähnen, daß es möglich war, seit 1950 Ihnen zu helfen durch Zuwendung von rund 12 Mrd. DM, und Sie haben diese Beträge gut verwaltet, Sie haben sie gut angewandt und haben hier in Berlin Dinge errichtet, daß sie demjenigen, der das Bild vom Jahre 1950 noch vor Augen hat, fast wie ein Wunder erscheinen.

Zahlen des Aufstiegs

Das Sozialprodukt betrug in Berlin im Jahre 1950 3,9 Mrd. DM, 1958 8 Mrd. DM. Der Produktionsindex — wenn Sie 1936 als 100 setzen — stieg von 32 Prozent im Jahre 1950 auf 118 Prozent im Jahre 1958, um im November des Jahres 1959 152 Prozent zu erreichen. Und besonders sind es einige andere Zahlen, die das Menschliche uns vor Augen führen. Das ist die Zahl der Arbeitslosen, ich glaube, es werden damals etwa 350 000 gewesen sein, und sie sind jetzt Gott sei Dank auf 46 000 gesunken. Das war auch eine politische Arbeit, die wir zusammen geleistet haben. Sie in Berlin haben, und wir freuen uns, daß wir Ihnen dabei helfen konnten, der gesamten Welt, ich wiederhole, der gesamten Welt, an diesem Beispiel zeigt, daß die politische Freiheit auch die Grundbedingung für wirtschaftlich gutes Leben und wirtschaftliche Erfolge ist. (Beifall)

Nach der Berlin-Blockade und nach den New-Yorker Beschlüssen, die damals gefaßt worden sind, und die im direkten Gegensatz zu dem stehen, was Chruschtschow im November 1958 verlangt hat, war die poli-

tische Lage nicht erfreulich, aber sie war doch ruhiger nach dem Sturme, als sie vielleicht im vergangenen Jahr zeitweise war, und seien wir uns darüber klar, im kommenden Jahre, das jetzt begonnen hat, voraussichtlich zeitweise auch sein wird. Sie haben, meine Freunde, immer den Glauben hochgehalten an die Freiheit, an sich selbst, an uns. Auch den Glauben an die Zuverlässigkeit der westalliierten Mächte.

Nicht immer mäkeln!

Und seien wir uns darüber klar, daß ohne die Hilfe der westalliierten Mächte, insbesondere ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten, unsere Kraft niemals ausreichen wird, um dem Drang und dem Sturm aus dem Osten wirklich zu widerstehen und die Freiheit hier und in Europa zu bewahren. (Beifall)

Und daher glaube ich, müssen wir — das geht die Bürger in der Bundesrepublik noch in viel stärkerer Weise an als Sie — nicht immer mäkeln und aussetzen an dem, was geschieht, sondern wir müssen auch verstehen lernen, was die Westalliierten tun. Darüber hinaus müssen wir ihnen dankbar sein. Nach dem Schuß, der im November 1958 gegen die Freiheit Berlins abgegeben wurde, denn darin folge ich absolut Ihrem Regierenden Bürgermeister

Brandt, gibt es nur eine „Verbesserung“ des Statuts von Berlin zum Schlechteren. Es gibt keine „Verbesserung“ zum Guten. Und ich glaube, Herrn Chruschtschow liegt es völlig fern, etwa eine „Verbesserung“ zum Guten herbeizuführen. Er hat ja auch in Gesprächen mit Staatsmännern, die ihn besuchten, absolut klar erklärt, Berlin müsse der Kommune anheimfallen und ebenso ganz Deutschland. Das sei sein Ziel. Meine Freunde, es ist gut, wenn er das so klar sagt. Es ist gut, wenn das deutsche Volk, wir alle miteinander, so klar erkennen, was beabsichtigt ist. Es handelt sich da-

bei um die Freiheit des ganzen Volkes und auch um die Freiheit von Westeuropa.

Denn je klarer man die Gefahr erkennt, desto mehr ist man auch bereit und willens, jedes Opfer dafür zu bringen, damit die Gefahr abgewendet wird. Als damals im November 1958 diese Note Chruschtschows den drei westalliierten Mächten und uns übergeben wurde, traten im Dezember 1958 in Paris die Außenminister der Besatzungsmächte und der NATO-Rat zusammen. Und es ist ganz gut, wenn man sich wieder in Erinnerung ruft, was damals erklärt worden ist. In der Erklärung vom 14. Dezember 1958 haben die Außenminister Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten vor allem die Entschlossenheit ihrer Regierungen bestätigt, ihre Position und ihre Rechte in bezug auf Berlin und das Recht auf freien Zugang dorthin zu wahren. Und der gesamte Nordatlantikrat hat in einer Erklärung vom 16. Dezember 1958 alles das bestätigt, was die Außenminister der drei Mächte gesagt haben und im einzelnen ergänzt. Sie alle haben feierlich erklärt, daß sie unter allen Umständen die Position und den Rechtsstand von Berlin bewahren wollen.

Nicht mehr existent

Es dreht sich letzten Endes doch darum, ob man nun zu einer gewissen Kapitulation vor Sowjetrußland kommt und Veränderungen am Rechtsstatus Berlins vornimmt. Sie wissen, daß die Genfer Verhandlungen monatelang gedauert haben, um dann ergebnislos auszugehen, und damit sind alle Vorschläge, die damals gemacht worden sind, erledigt. Man darf nicht wieder anfangen da-wo man damals aufgehört hat. Man ist in der Note vom 28. Juli 1959, um ein Wort Ihres Regierenden Bürgermeisters mir gegenüber zu gebrauchen, bis an die äußerste Grenze des Tragbaren gegangen. Der Vorschlag ist abgelehnt worden, er ist daher nicht mehr existent.

Fortsetzung auf Seite 4

Friedliebend, aber auch freiheitsliebend

Fortsetzung von Seite 3

Ich möchte zunächst hier betonen, daß wir Deutschen friedliebende Leute sind, aber daß wir auch freiheitsliebende Leute sind und daß es einen Frieden ohne Freiheit, daß es auch eine Entspannung ohne Freiheit auf der Welt nicht gibt. Ich möchte auch das Wort Ihres Herrn Präsidenten aufgreifen, das er eben ausgesprochen hat, als er sagte, daß im Laufe des Jahres 1960 noch eine Reihe von Völkern ihre Unabhängigkeit bekommen würde. Auch Sowjetrußland steht nach seinen Erklärungen auf den Standpunkt, daß diejenigen, die die Freiheit haben wollen, die Freiheit bekommen müssen. Was wollen wir denn mehr? Wir wollen für Sie und wir wollen für die Zone das Recht, in aller Freiheit über ihre Zukunft zu bestimmen. Und wenn man der Auffassung ist, daß in anderen Erdteilen jedes Volk dieses Recht hat, nun, dann sage ich, hier im Herzen Europas müssen die Deutschen dasselbe Recht haben, das Völkernschaften im Herzen Afrikas gewährt wird.

Ich wiederhole nochmals, der Rechtsstatus von Berlin darf nicht angetastet werden, das würde eine Kapitulation der

Freiheit sein vor der Unfreiheit. Und glauben Sie mir, dieser Forderung, wenn sie Erfolg bekommt, werden heute oder morgen neue Forderungen folgen, und der ersten Kapitulation werden dann weitere Kapitulationen folgen. Daher glaube ich, daß, wenn es demnächst zu der Ost-West-Konferenz kommt, die drei Westalliierten diesen Standpunkt, daß sie ein Recht und eine Verpflichtung gegenüber Berlin haben, mit aller Energie und mit aller Deutlichkeit dem vierten Teilhaber an der Konferenz, Herrn Chruschtschow, erklären werden.

An dem Grundsatz kann und darf nicht gerüttelt werden. Man soll schließlich auch nicht vor Drohungen zuviel Angst haben. Derselbe Herr Chruschtschow, der so gerne droht, und der sagt, ich habe so viele Raketen, um die oder jene wegzuputzen, der weiß ganz genau, daß, wenn es wirklich zu einem großen nuklearen Kriege kommt, auch von Sowjetrußland nichts mehr übrigbleibt. Und daher muß man die Dinge nicht einfach leichtsinnig beiseite schieben, aber man muß sie richtig wägen. Man darf niemals einfach aus Furcht in den Abgrund hineinlaufen.

Der Friede ist keine einseitige Sache

Ich habe eben gesagt, wir Deutsche wollen den Frieden, und glauben Sie mir, und lassen Sie mich das heute in dieser Stunde Ihnen mit ganzer Kraft sagen, und ich bitte Sie und alle diejenigen, die das hören, mir zu glauben: Wir Deutsche wollen den Frieden! Aber der Friede ist keine einseitige Sache. Friede und Entspannung auf der Welt treten nur dann ein, wenn alle Frieden und Entspannung wollen. Bei der Schwäche der menschlichen Natur muß eine solche Abrüstung, denn das ist das Hauptthema unserer Zeit, auch kontrolliert werden. Von anderen nur verlangen, sie sollen abrüsten, das ist ja nun wirklich noch kein Zeichen einer großen Friedensliebe. Aber selbst vorangehen, wenn man sich stark fühlt, das ist ein Zeichen einer großen Friedensliebe.

Wir wollen den Frieden, aber wir wollen auch die Freiheit.

Wir Deutschen haben in der nationalsozialistischen Zeit erkannt, was die Unfreiheit bedeutet, und wir haben erkannt, welch ungeheure Gefahr ein unfreies, geknebeltes Volk für die ganze Menschheit werden kann. Ich bin manchmal erstaunt, wenn ich mit Ministerpräsidenten oder Leitern der Geschicke anderer Staaten spreche, daß man dort gar nicht sich vorstellen kann, wie durch eine Diktatur der Mensch erniedrigt und in seinem Charakter verändert werden kann. Ich glaube, darauf müßte man auch mehr die gesamte Weltöffentlichkeit aufmerksam machen, daß ein Zuwachs, den die diktatorische Herrschaft auf der Welt bekommt, immer ein Zuwachs ist im Kampfe gegen die Freiheit.

Nun müssen wir uns darüber klar sein, daß das Jahr 1960 wirklich Gefahrenpunkte erster Ordnung bringen wird. Und wir

müssen uns dementsprechend verhalten, klug sein, aufmerksam sein, achtsam sein und soweit das dem Deutschen irgendmöglich ist, einig sein. Ich habe nicht von allen Seiten des Hauses Beifall bekommen und ich habe doch das ganze Haus gemeint! Und manchmal — ich spreche sehr offen darin — wenn man die Zeitungen liest, wenn man Radio hört, ja wenn man den Bundestag anhört, dann fragt man sich, wissen alle Herrschaften, wie dünn die Decke ist, auf der wir alle miteinander stehen? Es ist klar, daß gelegentlich eine andere Meinung sagt. Ich bin auch nicht immer derselben Meinung wie etwa meine Parteifreunde es sind. Das können Sie nicht verlangen. Ich glaube, dafür kennen Sie mich genug, meine Damen und Herren. (Heiterkeit)

Dank an die Berliner

Aber in den tragenden Fragen, d. h. in den Fragen, von denen die Zukunft unseres Volkes und die Zukunft Europas abhängt, da müssen wir schließlich einer Meinung werden. Nun hat Ihr Regierender Bürgermeister Brandt in diesen Tagen eine Erklärung abgegeben. Ich habe sie mit großer Aufmerksamkeit gelesen und kann nur sagen, daß wir dieser Erklärung absolut zustimmen; er sieht die Sache real, wie sie nun tatsächlich ist.

Ich bin zu Ihnen gekommen, um Ihnen zunächst von Herzen dafür zu danken, daß Sie in all den Jahren, die hinter uns liegen, das Banner der Freiheit hochgehalten haben.

Und ich bin gekommen, um Ihnen nicht nur zu danken, sondern um Ihnen zu sagen, daß Sie auf die Hilfe der Bundesrepublik jederzeit in vollem Maße rechnen können. Und endlich bin ich gekommen, damit die ganze Welt erkennt, wie fest ihr Wille und unser Wille zur Freiheit ist. Berlin ist zum Symbol geworden für die Freiheit in der Welt und das anerkennen auch viele im Ausland. Und wir wollen ihnen auch zurufen, daß, nachdem die Deutschen in der Vergangenheit leider vieles falsch gemacht haben, daß sie in der übergroßen Mehrheit für Freiheit sind und für Frieden. Nicht für Eroberungen, sondern für Frieden und Sicherheit in der Welt.

Die Geschichte von Kain

DT. „Nicht totschiagen, sondern taufen!“ Jenes vor etwa vier bis fünf Jahren häufiger zitierte Schlagwort des deutschen Jesuitenpaters Klemens Brockmüller deutet nur eine mögliche Antwort der katholischen Kirche auf Moskaus Koexistenz-Bemühungen an. Brockmüller stellte in seinem damals als sensationell empfundenen Buch „Christum am Morgen des Atom-Zeitalters“ leidenschaftlich heraus, daß die Lehre Christi und damit das Wirken der Kirche an keine bestimmte Gesellschaftsform gebunden sei.

Gibt es zwischen dem Kommunismus und der katholischen Kirche also eine Koexistenz oder nicht? Gibt es so etwas wie einen Modus vivendi zwischen den beiden Mächten, von denen jede den ganzen Menschen für sich beansprucht? Nein, hat in diesen Tagen der Sekretär des Heiligen Offiziums, Kardinal Ottaviani, in einer Predigt vor Ostflüchtlingen in Rom erklärt. Scharf wandte sich der Kardinal, einer der ranghöchsten Kurienbeamten, an jene, die sich „nur allzu willens zeigen, dem Antichrist die Hände zu schütteln“. Ottaviani ging noch weiter, als er sagte, es gebe im Westen Männer mit hoher Verantwortung, die kommunistische Greuel übersehen und nicht bemerken, daß sie selber eine Beute der Unterdrückung werden könnten. Unter Hinweis auf die Verurteilung ungarischer Arbeiter meinte der Kardinal, es wiederhole sich die Geschichte von Kain und Abel, „und niemand schmäht den Mörder, wie er es verdient“.

Ein so vernichtendes Urteil über die Bannerträger und Mitläufer der Koexistenz wurde bisher weder aus dem Mund Papst Johannes' XXIII. noch aus dem seines Vorgängers Pius' XII. vernommen. Und doch darf man mit Sicherheit annehmen, daß die außerordentlich scharfe Formulierung des Mannes, der dem Papst als politischer Berater zur Seite steht, weder dem Zufall zuzuschreiben ist noch einen von höchster Stelle nicht gebilligten Alleingang darstellt. Er ist vielmehr eine notwendige und fällige Klarstellung. Man braucht dar-

um auch keinen Gegensatz zur Weihnachtsbotschaft Johannes' XXIII. zu erblicken, in der der Papst erklärt hatte, die Kirche schaue wohlwollend „auf jede ernste Initiative, die dazu beitragen könne, der Menschheit neue Trauer und neue Verheerungen zu ersparen“.

Zweifellos werden die außergewöhnlichen Worte Ottavianis in Italien unter Gesichtspunkten der gegenwärtigen italienischen Politik gewertet. (Soeben schickte sich Staatspräsident Gronchi zu seiner Moskau-Reise an.) Das mindert jedoch ihre Bedeutung keineswegs. Auch kann von einem Bruch in der Haltung des Vatikans zum Kommunismus und seiner Koexistenz-Parole keine Rede sein. Schon in seiner Weihnachtsbotschaft von 1956 wandte sich Pius XII. gegen die „unterschiedslose Koexistenz mit allen um jeden Preis . . . vor allem um den Preis der Wahrheit und Gerechtigkeit“.

Moskau bestätigt eben jetzt aufs neue die Richtigkeit der von der Kirche verfolgten Linie.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei fordert „lebensnahe Propaganda“ gegen religiöse Tendenzen und überholte Anschauungen. In einer Resolution heißt es, wie wir bereits meldeten, friedliche Koexistenz zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bedeutet kein Nachlassen im ideologischen Kampf. Die Partei werde weiterhin einen unversöhnlichen Kampf für die kommunistische Ideologie führen. Auch aus Pankow kommt just in diesen Tagen eine Meldung, die nur bestätigt, daß an eine auch nur geringfügige Änderung der Ideologie keineswegs gedacht ist: der erste Band eines atheïstischen Lexikons erscheint jetzt.

Es ist gut, wenn die verzerrten Fronten wieder klar abgesteckt werden und die Nebel verschwinden, in denen ganze Völker unter Führung ihrer Staatsmänner die Orientierung zu verlieren drohen. Der Vatikan hat ein deutliches Signal gegeben.

Steckt die SED dahinter?

Antisemitische Aktionen sollen unser Ansehen schädigen

Bonn/Essen (upi/ap/dpa). Bundeskanzler Adenauer hat in Essen seine Aufforderung an das deutsche Volk wiederholt, jedem Lämmel, der bei Hakenkreuz-Schmierereien erwischt werde, „eins hinter die Ohren zu hauen“. Am gleichen Tag erklärten unterrichtete Kreise in Bonn unter Hinweis auf entsprechendes Material des Bundesnachrichtendienstes, das Zentralkomitee der SED habe schon Anfang des vergangenen Jahres antisemitische Aktionen in der Bundesrepublik angedeutet. Damit solle das Ansehen der Bundesrepublik in der westlichen Welt geschädigt werden. Gleichzeitig erklärte Bundesinnenminister Schröder vor der Presse in Bonn, daß die Hauptverhandlung gegen die beiden Schänder der Kölner Synagoge aufschubfreie Hinweise auf den Hintergrund ihrer Taten liefern werde. Der Prozeß beginnt am 5. Februar.

Wie in Bonn verlautet, haben an der Sitzung des SED-Zentralkomitees Anfang 1959 auch der erste SED-Sekretär Ulbricht und Zonen-Verteidigungsminister Stoph teilgenommen. Bereits im Februar 1958 sei dann an illegale Einsatzgruppen in der Bundesrepublik die Anweisung ergangen, durch antisemitische Aktionen „im westlichen Lager schwerwiegende Störungen“ hervorzurufen. Die SED-Funktionäre, so heißt es weiter, hätten die Anweisung erhalten, ihre Verleumdungskampagne gegen die Bundesrepublik unter dem Leitmotiv „Adenauer-Regierung fördert Antisemitismus“ zu in-

tensivieren. Ein sowjetischer Diplomat soll nach den ersten antisemitischen Vorfällen in der Bundesrepublik erklärt haben: „Die Schmierfinken im westlichen Lager erweisen uns einen großen Gefallen, weil sie schwerwiegende Spannungen in der westlichen Welt herbeiführen.“

★

In unterrichteten Kreisen Bonns wurde dazu betont, daß nicht alle antisemitischen Zwischenfälle auf kommunistischen Ursprung zurückzuführen seien. Immerhin hätten aber einige der Schmierereien genau den Parolen der Kommunisten entsprochen.

Chruschtschows Koexistenz-Spiel

Politisch-wirtschaftliche Expansion im Zeichen der „Entspannung“

S. Wien (Eigenbericht). Eine ganze Reihe von Tagungen und Konferenzen des internationalen Kommunismus in der letzten Zeit galt der Festlegung von Taktik und Strategie in der „Phase der Koexistenz“, in der Zeit des „wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes von Kapitalismus und Kommunismus“, der Gipfelkonferenzen. Diese Konferenzen erfaßten nicht nur Spitzenfunktionäre der westeuropäischen kommunistischen Parteien im Gramsci-Institut, sondern auch die Führungskader der kommunistischen Gewerkschaften in aller Welt. In einer Zeit, wo dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund nicht nur die kommunistische Durchdringung der jungen afrikanischen Staaten, sondern auch die Sprengung der wirtschaftlichen Konjunktur im Westen übertragen wurde, kommt diesem Instrument des internationalen Kommunismus eine besondere Bedeutung zu.

Vom 14. bis 17. Dezember 1959 fand in Bukarest die 20. Tagung des Exekutivkomitees des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) — mit dem derzeitigen Sitz in Prag, vorher unter dem Schutz der Sowjettruppen in der Sowjetzone Wiens als uneingeladener exterritorialer Gast — statt, welche gewerkschaftliche Kader aus der ganzen Welt vereinigte. Ganz am Rande dieser Tagung zeigte sich übrigens auch die Durchsetzung westlicher Gewerkschaften, welche an sich dem IBFG, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, angehören. Eine Delegation der japanischen SOHYO, welche die volksdemokratischen Hauptstädte bereiste, befand sich „zufällig“ zu diesem Zeitpunkt in Bukarest. Man braucht sich dann nicht mehr zu wundern, daß es eine „Aktionseinheit“ der kommunistischen und nichtkommunistischen Gewerkschaften Japans gegen die westliche Politik der Regierung Kishi gibt...

Moskaus Vortrupp

Im Hauptreferat des Generalsekretärs des Weltgewerkschaftsbundes, Louis Saillant, und in den folgenden Diskussionen wurde klar die agitatorische und politische Generallinie für die Gegenwart herausgearbeitet: An der Spitze des propagandistischen Kampfes steht heute der „Kampf um eine totale umfassende Abrüstung“, die nicht nur den Westen in die Defensive drängen soll, sondern gleichzeitig auch für Chruschtschow die finanziellen Mittel frei machen soll, derer er zur Durchführung der wirtschaftlichen Integration des Ostens in dem

durch den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe beschlossenen „Perspektivplan für Arbeitsteilung und Wirtschaftskoordination“ ebenso dringend benötigt, wie für die politisch-wirtschaftliche Expansion in den unterentwickelten Gebieten.

Dieser Losung folgt die Forderung nach Durchsetzung periodischer (!) Gipfelkonferenzen und der „Aufgabe, die Bundesrepublik Deutschland als nazistisch-faschistisch-revanchistisch zu entlarven, um den verderblichen Einfluß Bonns auf die Abrüstungs-, Entspannungs- und Friedensgespräche auszuschalten!“ Die Koexistenz wurde dynamisch formuliert als ein Zustand, der dem Westen angesichts der größeren Macht des sozialistischen Lagers aufgezungen worden sei! Wörtlich wurde festgestellt, daß „die Koexistenz und die Phase des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes der beiden Systeme die entscheidende Rolle den Gewerkschaften zuordne“.

„Aktionseinheit“

Diese Rolle sieht der Weltgewerkschaftsbund in zwei verschiedenen Richtungen: Verhinderung der Illegalität durch „Aktionseinheit“ im Rahmen ökonomischer und politischer Forderungen, welche gekoppelt werden müssen und gleichzeitige Mobilisierung aller Kräfte und Möglichkeiten für ein entscheidendes Eingreifen in diesen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf. Für dieses entscheidende Eingreifen einer gewerkschaftlich-politischen Kampforganisation in einen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf mit

„friedlichen“ Mitteln wurden eine Reihe sonderbarer Maßnahmen getroffen. Das Exekutivkomitee beschloß die Schaffung eines „zentralen Dispositionsfonds“, welcher der „Beweglichkeit der Arbeit“ und der „Konzentrierung der Kräfte an den Brennpunkten der Auseinandersetzung“ dienen soll.

Wie diese Brennpunkte Auseinandersetzung während „friedlicher Koexistenz“ in kommunistischer Sicht aussehen, ergab sich bei der 8. Tagung der Sektion Transportarbeiter, Hafen- und Dockarbeiter des Weltgewerkschaftsbundes in Sofia. Der Generalsekretär dieser Sektion, ein Genosse Rafael Avila, stellte trocken fest, daß dieser Gewerkschaftssekktion für die Austragung des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes der beiden Systeme eine entscheidende Schlüsselposition zukomme.

„Friedlicher Kampf“

Schon im Laufe des ersten Quartals 1960 werden drei Schulen dieser Sektion des WGB errichtet werden. Auch hier tauchten übrigens japanische Gewerkschafter auf. Um die Bedeutung dieser Gewerkschaftssekktion zu unterstreichen, empfing wenige Tage nach Abschluß dieser Tagung, die an die dunkelsten Zeiten der konspirativen Methoden der Komintern und Profintern erinnerte, kein anderer als Partei- und Staatschef UdSSR, Chruschtschow, Vertreter der Gewerkschaftssekktion, darunter auch solche der US-Hafenarbeiter (!)...

So sieht der „friedliche wirtschaftliche Konkurrenzkampf zweier Systeme“, die „Koexistenz“ in kommunistischer Sicht aus und niemand anderer als Chruschtschow höchstpersönlich identifiziert sich mit solchen Methoden. Was die Wirtschaftskraft des „sozialistischen Lagers“ nicht vermag, soll mit wilden Streiks, mit wohlorganisierter Störung der Schlagadern der modernen Wirtschaft — Transport und Schifffahrt — erreicht werden. Der Sieg des Sozialismus Moskauer Prägung, der gleichzeitig das Ende der Koexistenz wäre.

Phantastisch

DT. Pankow hat den neuen politischen Kraftakt Chruschtschows gebührend gefeiert. Die Ostberliner Presse sprang fast aus dem Format (gemeint ist das Zeitungs-Format), um die gigantischen Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion als das größte Friedenswerk aller Zeiten zu lobpreisen. Bei der Wiedergabe des Chruschtschow-Wortes ließ sie sich von der gewohnten Ehrfurcht und Demut leiten, wie es so nach und Sitte unter ganz sich fühlenden Menschen ist. In einem der Organe findet sich am Ende des ganzseitigen Chruschtschow-Abdrucks beispielsweise der Vermerk: „Redaktionell gekürzt und Zwischenzeilen eingefügt.“ Das deutet auf das fein entwickelte Verantwortungsgefühl des „sozialistischen“ Menschen hin.

Um so erstaunlicher finden wir es, daß der Leser, der sich durch die graue Zeilenwand des Ostberliner Chruschtschow-Textes arbeitet, eine der ministerpräsidentialen Äußerungen vermißt, die im Westen mit besonderem Interesse registriert wurde. Wir meinen den Hinweis auf eine „phantastische Waffe“, mit dem der Kremel-Chef gewisse, nicht unbedingt friedliche Möglichkeiten sowjetischer Machtexekution andeuten wollte. Davon lesen wir in der Ostberliner Presse nichts. Sie behandelte diese Äußerung so, als sei sie nicht gefallen. Wer hat ihr das eigentlich erlaubt?

dem ausgeprägten Taktempfinden der benachbarten Organe und ihrer bewährten Fähigkeit, die eigene Meinung in allem hintanzustellen, liegt es sehr nahe, daß der Redigierstift sich an der erwähnten Chruschtschow-Stelle auf höhere Anweisung hin aufs Papier senkt hat und so auch die einzige publikumswirksame Zwischenzeile entfiel. Vielleicht ist es aber auch so, daß die Volksredakteure in der vorgeklärten adn-Fassung, die sie an ihren Schreiftischen kurz betrachten und dann an die Setzmaschine weitergeben dürfen, die Wunderwaffen-Ankündigung überhaupt nicht vorhanden und erst beim eifrigen Studium der westlichen Hetzjournale oder dem

täglichen geheimen Abhören eines westlichen Senders mit dieser Tatsache bekannt gemacht wurden. Aber wie das auch immer gewesen sein mag, es muß einen triftigen Grund geben, der eine irgendwie führende Persönlichkeit veranlaßte, die „Wunderwaffe“ dem gelegentlich auch Ostzeitungen überfliegenden Publikum vor-

zuenthalten. Vielleicht besteht dieser Grund schlicht darin, daß die Chruschtschow-Bemerkung die Bevölkerung an einen anderen Führer erinnert hätte, der seinen Gegnern ebenfalls mit „Wunderwaffen“ drohte. Das ist noch gar nicht so lange her, und abgesehen davon sind solche Parallelen immer peinlich.

„Dafür stehe ich ein!“

Adenauer wendet sich scharf gegen Antisemitismus

Bonn (upi/ap/dpa). Bundeskanzler Adenauer hat in einer Rundfunk- und Fernsehansprache am Sonnabendabend den jüdischen Mitbürgern in der Bundesrepublik versichert, sie könnten „völlig unbesorgt“ sein. „Dieser Staat steht mit seiner ganzen Macht hinter Ihnen. Ich bürgе Ihnen für dieses Wort“, sagte Adenauer. Der Kanzler, der die antisemitischen Vorfälle scharf verurteilte, forderte die Deutschen insgesamt zu schneller und tätiger Mithilfe auf. „Wenn ihr irgendwo einen Lummel erwischt, vollzieht die Strafe auf der Stelle und gebt ihm eine Tracht Prügel! Das ist die Strafe, die er verdient.“

Im einzelnen sagte Adenauer u. a.: „Meine Familie und ich sind selbst Opfer des Nationalsozialismus. Es genügt wohl, wenn ich Ihnen sage, daß ich viermal auf einer Todesliste der Nationalsozialisten gestanden habe und daß es an ein Wunder grenzt, wenn ich diese Jahre lebend überstanden habe.“

Und mein Verhältnis zum Judentum? Nun, zwei Juden waren es, die, als meine Familie und ich uns in der Zeit des Nationalsozialismus in großer finanzieller Bedrängnis befanden, als erste mir finanzielle Hilfe anboten. Sie wußten, wie ich zu den Juden immer gestanden habe.

Als ich Bundeskanzler geworden war, habe ich mit ganzer Kraft mich eingesetzt für das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel. Ich wollte damit vor der ganzen Welt kundtun, daß das heutige Deutschland den Antisemitismus von Grund auf ablehnt.

Was in Köln an der Synagoge und an dem Denkmal geschehen ist, ist eine Schande und ein Verbrechen. Die Bundesregierung, für die ich spreche, hofft, daß die Organe der Justiz mit aller Schärfe hiergegen vorgehen.

Die Vorfälle, die dann folgten, bei uns wie auch in anderen Ländern, sind fast ausschließlich Flegelleien. Sie müssen, soweit strafbare Handlungen vorliegen, verfolgt und gesühnt

werden, aber sie scheinen in den allermeisten Fällen Flegelleien ohne politische Grundlage gewesen zu sein.

An meine deutschen jüdischen Mitbürger wende ich mich heute und sage ihnen, sie können völlig unbesorgt sein. Dieser Staat steht mit seiner ganzen Macht hinter ihnen: Ich bürgе ihnen für dieses Wort.

Meinen deutschen Mitbürgern insgesamt sage ich: Wenn ihr irgendwo einen Lummel erwischt, vollzieht die Strafe auf der Stelle und gebt ihm eine Tracht Prügel. Das ist die Strafe, die er verdient.

Unsere Gegner im Ausland und den Zweiflern im Ausland sage ich, die Einmütigkeit des gesamten deutschen Volkes in der Verurteilung des Antisemitismus und des Nationalsozialismus hat sich in der denkbar geschlossensten und stärksten Weise gezeigt. Das deutsche Volk hat gezeigt, daß diese Gedanken und Tendenzen bei ihm keinen Boden haben.

In dem deutschen Volke hat der Nationalsozialismus, hat die Diktatur keine Wurzel, und die wenigen Unverbesserlichen, die noch vorhanden sind, werden nichts ausrichten. Dafür stehe ich ein. Die Verurteilung des Antisemitismus und des Nationalsozialismus, die sich im deutschen Volk jetzt so spontan und einmütig offenbart hat, ist die gute Seite dieser absehbaren Vorgänge.“



BILDER DER WOCHE. Oben: Über eine Stunde hielt sich Bundeskanzler Adenauer bei seinem Berlin-Besuch an dem Krankenbett Jakob Kaisers auf. Eingehend unterhielt er sich mit dem ehemaligen Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen über die aktuellen Probleme der Außen- und Innenpolitik, insbesondere über die Lage Berlins. Bei seinem Abschied drückte der Bundeskanzler seine Freude über das Zusammensein mit Jakob Kaiser aus, der ein starkes Interesse an allen politischen Fragen gezeigt habe. — Unten: Zu einem mehrtägigen Besuch, in dessen Verlauf er mit Ministerpräsident Nehru Wirtschaftsfragen besprach, hielt sich der deutsche Industrielle Alfried Krupp von Bohlen und Halbach in Indien auf.

